



Schweizer Erweiterungsbeitrag Aktivitäten im Jahr 2012

Jahresbericht von SECO und DEZA



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

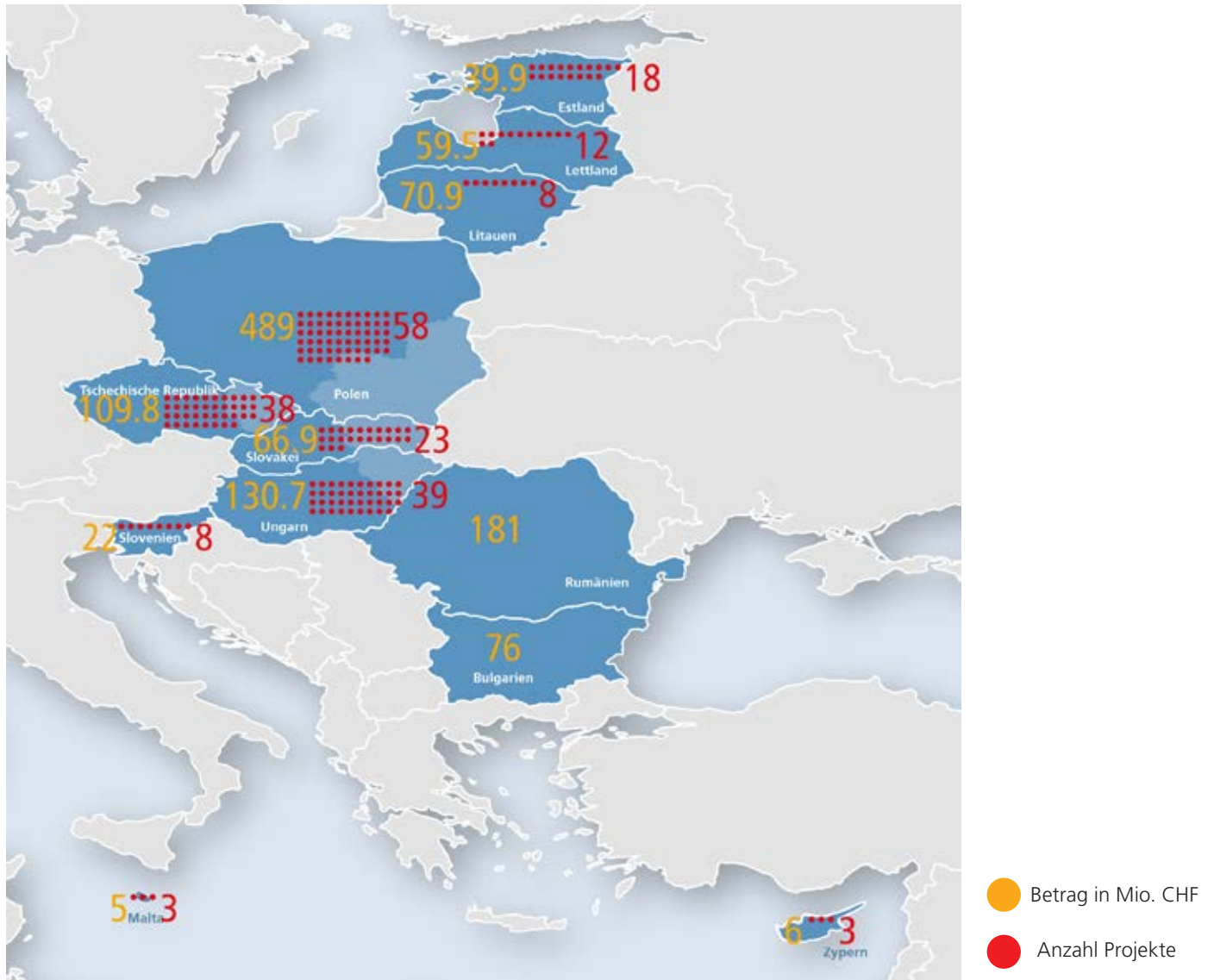
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Inhaltsverzeichnis

Überblick	3
Aktivitäten und Ergebnisse im Jahr 2012	5
Projektziele	6
Ausblick	13



Überblick



Am 26. November 2006 haben die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas genehmigt. Das Volk hat damit die Absicht geäussert, sich mit einem Erweiterungsbeitrag von einer Milliarde Franken am Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zu beteiligen. Seither unterstützt die Schweiz jene zehn Länder, die 2004 der EU beigetreten sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Diese Länder werden auch als EU-10 bezeichnet.

Das vom Volk 2006 gutgeheissene Bundesgesetz stellt die Grundlage dar, auch an Bulgarien und Rumänien einen Erweiterungsbeitrag zu leisten. Die beiden Länder gehören seit 2007 zur EU. Für Bulgarien und Rumänien stehen zusätzlich 257 Millionen Franken zur Verfügung.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

betreuen gemeinsam den Erweiterungsbeitrag. Ihre Büros in Warschau, Riga, Prag, Budapest, Bukarest und Sofia unterstützen sie dabei. Die Mitarbeitenden der Büros kennen die lokalen Verhältnisse und verfügen über direkte Kontakte. So vermindert sich das Risiko von Fehlinvestitionen. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig ausbezahlte Beiträge zurückfordern.

Der Erweiterungsbeitrag ist ein Zeichen der Solidarität und der Verantwortung. Damit festigt die Schweiz auch ihre Beziehungen zur EU – ihrer wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnerin. Die Schweiz entscheidet über die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags aber autonom und vereinbart direkt mit den Partnerstaaten, welche Projekte sie unterstützt. Die Projektpartner tragen in der Regel mindestens 15% der Projektkosten selber.

Vorliegender Jahresbericht gibt näher Auskunft über die Projektfortschritte im Kalenderjahr 2012.

210

Projekte in den EU-10

11

Projekte bis Ende 2012 abgeschlossen

12

Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern

40%

des Projektbudgets für strukturschwache Regionen in grösseren Partnerstaaten

100%

des Projektbudgets in den EU-10 verpflichtet

77%

des Projektbudgets für Bulgarien und Rumänien provisorisch oder definitiv verpflichtet

1,257 Milliarden

Franken zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in Europa

5

Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken

Aktivitäten und Ergebnisse im Jahr 2012

Der Erweiterungsbeitrag zugunsten der EU-10

Am 14. Juni 2012 – fünf Jahre nach der Genehmigung des Rahmenkredits durch das Parlament – ist die Verpflichtungsperiode des Erweiterungsbeitrags für die EU-10 zu Ende gegangen. Während dieser Phase hat die Schweiz mit ihren Partnerstaaten 210 Projekte genehmigt. Damit ist der Schweizer Beitrag von einer Milliarde Franken an die EU-10 vollständig verpflichtet. Die Auszahlungen betragen per Ende 2012 179,5 Millionen Franken.

Die vereinbarten Projekte müssen bis im Juni 2017 umgesetzt sein. Per Ende 2012 sind elf Projekte abgeschlossen. Unter anderem hat Zypern ein Zentrum zur Förderung des kulturellen Austauschs zwischen dem südlichen und dem nördlichen Teil der Insel eingerichtet. In Estland fand eine internationale Richterkonferenz statt, und ein Schweizer Unternehmen lieferte die Ausrüstung für die Bewegungstherapie verunfallter Kinder. Dank 110 neuen Schulbussen haben lettische Kinder in ländlichen Gebieten ausserdem einen sicheren Schulweg.

Sowohl die Schweiz als auch die Partnerstaaten informierten 2012 die Öffentlichkeit an Medienanlässen über die genehmigten Projekte. Die Publikation **«Zwischenbilanz zum Ende der Verpflichtungsperiode mit den EU-10»** legt über die ersten fünf Jahre umfassend Rechenschaft ab und kann auf der Webseite zum Schweizer Erweiterungsbeitrag eingesehen und bestellt werden.

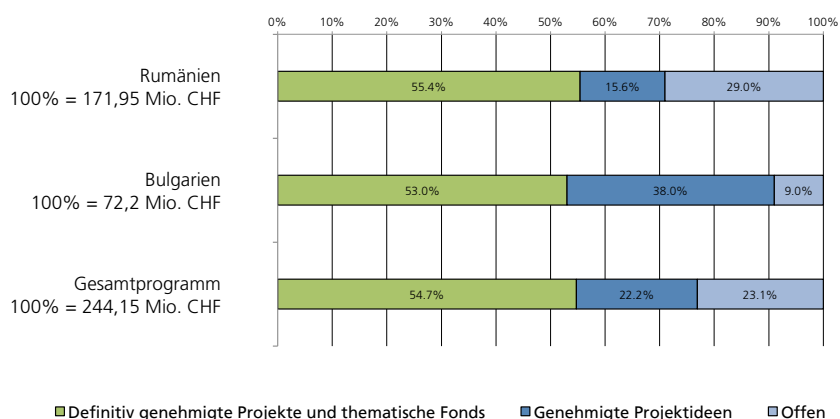


Der Erweiterungsbeitrag zugunsten von Bulgarien und Rumänien

In Bulgarien und Rumänien läuft die Verpflichtungsperiode bis Dezember 2014, die Umsetzungsphase bis Dezember 2019. Bis Ende 2012 hat die Schweiz in Bulgarien und Rumänien fünf Projektideen für 54,2 Millionen Franken vorläufig sowie alle 13 thematischen Fonds und elf einzelne Projektgesuche für 133,6 Millionen Franken definitiv genehmigt. Das heisst, 77% des Projektbudgets für Bulgarien und Rumänien sind vorläufig oder definitiv verpflichtet. Die Auszahlungen belaufen sich per Ende 2012 auf 19,6 Millionen Franken.

Infobox 1: Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten innerhalb der Länder abbauen

In den grösseren Partnerstaaten kommen mehr als 40% des Erweiterungsbeitrags den strukturschwachen Regionen zugute. Es handelt sich dabei um die östlichen Randregionen in Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. Hier verschärft der Wegzug qualifizierter Arbeitskräfte die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme.



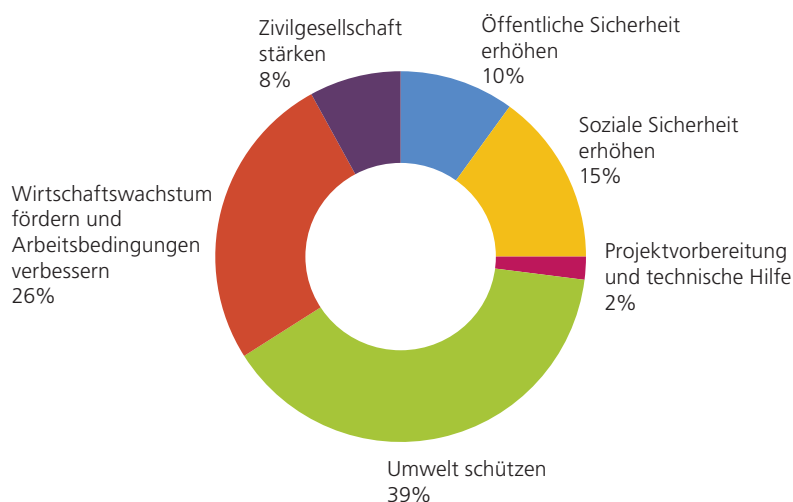
Grafik 1: Bulgarien und Rumänien – Mittelverteilung und Stand des zweistufigen Projektgenehmigungsprozesses (Stand 31.12.2012)

Die Gesamtsumme des Projektportfolios beläuft sich auf 244,15 Millionen Franken. Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite (12,85 Millionen Franken).

Projektziele

Trotz hoher Wachstumsraten in den Jahren unmittelbar nach dem EU-Beitritt ist der Wohlstand in den neuen EU-Mitgliedstaaten relativ niedrig. Einige Partnerstaaten sind von den Folgen der Verschuldungskrise schwer getroffen worden. Dadurch hat der Schweizer Beitrag noch an Bedeutung gewonnen. Sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht ist das Gefälle zum EU-Durchschnitt erheblich.

Grafik 2 und die folgenden Seiten verdeutlichen, wie der Erweiterungsbeitrag zum Abbau dieser wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten beiträgt. Alle Projekte verfolgen mindestens eines der fünf übergeordneten Projektziele; diese werden nachfolgend näher erläutert. Projektbeispiele beleuchten, welche Resultate der Erweiterungsbeitrag 2012 erzielt hat.



Grafik 2: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen

In den EU-10 erhalten 210 Projekte Schweizer Beiträge im Umfang von insgesamt rund 950 Millionen Franken. Für Projekte in Bulgarien und Rumänien ist ein Beitrag von 244,15 Millionen Franken vorgesehen. Die Genehmigung der Projekte in diesen beiden Ländern erfolgt bis Ende 2014. Die Grafik zeigt die Aufteilung des Projektbudgets der 12 Partnerstaaten nach Projektzielen.

Infobox 2: Projekte überwachen und Resultate messen

Um die einzelnen Projektziele zu erreichen, ist eine enge Begleitung der Projekte vor Ort besonders wichtig. In erster Linie sind die Partnerstaaten dafür verantwortlich, dass die Leistungen erbracht und die Projektziele erreicht werden. Für jedes Projekt sind im jeweiligen Projektabkommen messbare Resultate festgelegt, die es zu erzielen gilt. Die Partnerstaaten erstatten der Schweiz regelmässig Bericht über die Fortschritte in den Projekten.

SECO und DEZA gehen aber auch selber vor Ort, um sich ein Bild über die Projekte zu machen. Ihre Büros in Warschau, Riga, Budapest, Prag, Bukarest und Sofia unterstützen sie dabei. Nicht nur bei Projektbesuchen, sondern auch bei der Beurteilung von Ausschreibungsunterlagen ist ausserdem das spezifische Fachwissen von externen Expertinnen und Experten unabdingbar. Spätestens bei Projektabschluss führen zertifizierte Organisationen bei jedem Projekt ein Finanzaudit durch. Die Schweiz kann zusätzlich eine unabhängige Evaluation von einzelnen Projekten verlangen.



Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

In den EU-10 unterstützt die Schweiz Projekte, die spezifisch das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Schweizer Betrag zugunsten von Projekten in diesem Bereich beläuft sich auf 257,7 Millionen Franken. In Bulgarien und Rumänien werden voraussichtlich 52,3 Millionen Franken für dieses Ziel eingesetzt. Bis Ende 2012 konnten folgende Resultate erzielt werden:



Zugang zu externer Finanzierung für Mikrounternehmen und KMU

Lettland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und voraussichtlich Rumänien erhalten durch den Erweiterungsbeitrag Mikrokredite, Risikokapital und Garantien für Investitionskredite. Bis 2012 hat Lettland 580 Mikrokredite ausbezahlt. Dank diesen Mikrokrediten bleiben 1100 Arbeitsstellen erhalten, rund 300 zusätzliche Arbeitsstellen wurden geschaffen (siehe Projektbeispiel). Ungarn hat mit seinem Risikokapitalfonds, an dem sich die Schweiz zu 43% beteiligt, bereits fünf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt und 36 Stellen für hochqualifizierte Arbeitskräfte geschaffen.



Exportförderung für KMU

In Polen nahmen bisher 820 Vertreter von Regionalbehörden, regionalen Wirtschaftszentren und KMU an Schulungen teil, um ihre Kenntnisse im Bereich nachhaltige und soziale Unternehmensführung (Corporate Social Responsibility) zu verbessern.



Regulierung des Finanzsektors

In Estland, Lettland, Polen, Slowenien und der Tschechischen Republik unterstützt die Schweiz die Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung. Unter anderem wurden bis Ende 2012 an rund 28'800 Teilnehmertagen Behörden und Verbände im Bereich International Standards on Auditing (ISA) und International Financial Reporting Standards (IFRS) geschult.

Weiter plant die Schweiz, Rumänien im Kampf gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu unterstützen.



Regionale Entwicklung und Beschäftigung

Im Rahmen von zehn Regionalentwicklungsprojekten in Polen wurden mehrere Trainingsanlässe für über 1000 lokale Kleinunternehmer und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchgeführt. Total 60 lokale Betriebe und NGOs

erhielten 2012 eine finanzielle Unterstützung. Über 11'000 Personen besuchten einen der 50 Informationsanlässe zu Themen wie Tourismusförderung, Vermarktung lokaler Produkte, regionale Zusammenarbeit oder Erhalt lokaler Kultur. Jedes Projekt verfügt inzwischen über eine eigene Webseite.

Auch in der Slowakei fanden Beratungsdienstleistungen zu denselben Themen statt. An diesen haben über 20 verschiedene Organisationen und ein Dutzend Gemeinden teilgenommen.

Vertreter eines ungarischen Regionalentwicklungsprojekts besuchten Business Parks in der Schweiz. Anschliessend begannen sie mit den Vorbereitungsarbeiten für einen Business Park im Nordosten Ungarns, der Unternehmen unterstützen und damit zusätzliche Arbeitsplätze schaffen soll.

In Rumänien wurde ein Projekt bewilligt, welches Studierenden hilft, einen fundierten Entscheid über ihre künftige Berufswahl zu treffen. Das JOBS-Projekt wird zudem mithelfen, den regionalen Arbeitsmarkt für Studierende und künftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver zu gestalten.



Forschung und Entwicklung

Gegen Ende 2012 befanden sich im Stipendienprogramm 89 Forschende aus den neuen EU-Mitgliedstaaten während ihres Gastaufenthaltes an einer Schweizer Universität oder Hochschule. 76 Forschende haben bis und mit 2012 ihren Austausch bereits abgeschlossen und sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt, um dort die Forschung auf den jeweiligen Fachgebieten fortzuführen.

Im Rahmen der Forschungsprogramme in Bulgarien, Litauen, Polen, Rumänien und Ungarn sind bis Anfang 2013 über 70 Forschungspartnerschaften zwischen Institutionen der jeweiligen Partnerländer und der Schweiz etabliert. Die entsprechenden thematischen Forschungsprojekte sind am Laufen.

Mikrokreditprogramm Lettland

Der Bauer auf dem Hof «Rūjas» im Dorf Džūkste baut auf 35 Hektaren Land Getreide an. Die Ernte kauft ihm das führende lettische Unternehmen im Bereich Getreideverarbeitung ab. Da Getreide nicht über das ganze Jahr angebaut werden kann, suchte der Bauer nach einem Nebenerwerb. Als ehemaliger Handwerker und Lastwagenfahrer kam er auf die Idee, einen gebrauchten Abschleppwagen zu erwerben. Die Schweiz unterstützte dieses Vorhaben mit einem Mikrokredit von rund 15'750 Franken. Dank dem Mikrokredit ist der Bauer nun nicht mehr unterbeschäftigt und kann im Auftrag der lokalen Polizei und der lettischen Automobilvereinigung Autos abtransportieren.



Soziale Sicherheit erhöhen

Die Schweiz finanziert eine breite Palette von Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit in den EU-10. Für insgesamt 36 Projekte werden rund 145,4 Millionen Franken aufgewendet. Für Bulgarien und Rumänien sind weitere 32,9 Millionen Franken vorgesehen. Im Bereich der sozialen Sicherheit konnten bis Ende 2012 folgende Resultate erzielt werden:



Basis-Gesundheitsdienste

Ein Programm in der Tschechischen Republik verbessert den Zugang zu und die Qualität von Gesundheitsdienstleistungen für ältere, behinderte und unheilbar kranke Menschen. Das tschechische Gesundheitsministerium konnte die Ausschreibungen für bauliche Massnahmen und für technische Ausrüstungen lancieren, welche im Rahmen des Projektes erbracht beziehungsweise erworben werden.

Im Nordosten Ungarns ermöglicht ein Pilotprojekt rund 50'000 Bewohnern erstmals den Zugang zu Gruppenkliniken. Die am Projekt beteiligten Institutionen hielten mehrere Workshops ab, um die genauen Funktionen und die Organisation dieser Gruppenpraxen festzulegen.



Modernisierung von Spitälern

Das öffentliche Spital «Mater Dei» auf Malta ist neu im Besitz eines eigenen Positron-Emissions-Tomographen. Damit hat nun die gesamte Bevölkerung des kleinen Inselstaates im Mittelmeer einen erleichterten Zugang zu einer verbesserten Krebsdiagnostik. Ungleichheiten im maltesischen Gesundheitswesen konnten insofern abgebaut werden, als auf Malta ab sofort nicht mehr nur im Privatspital ein solches Gerät zur Verfügung steht. Zusätzlich wurden Ende 2012 drei maltesische Radiologen am Onkologischen Institut in Bellinzona im Umgang mit dem Gerät weitergebildet.



Prävention

In Polen haben verschiedene Präventionsprogramme zu Themen wie Hepatitis C, Alkohol- und Tabakmissbrauch, Übergewicht, gesunder Ernährung und Zahnhygiene begonnen. Es fanden erste Informationsanlässe im Rahmen der landesweiten Kampagnen statt. So befinden sich beispielsweise rund 120 stark übergewichtige Personen im Rahmen der entsprechenden Kampagne in einem zertifizierten Interventionsprogramm.



Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen

In Estland sind vier von insgesamt zehn neuen Kinderheimen fertiggestellt, welche nun 32 estnischen Waisenkindern ein neues Zuhause geben.

In der Slowakei hat ein Projekt die soziale Rehabilitation und Integration von behinderten Kindern verbessert (siehe Projektbeispiel). In acht Gemeinden im Osten des Landes, wo viele Roma leben, wurde durch die Unterstützung von acht Gemeinschaftszentren der Zugang zur Schulbildung für die Kinder der marginalisierten Romabevölkerung sichergestellt. Beide Projekte haben zusammen rund 30 neue Arbeitsplätze geschaffen.



Verschiedene soziale Dienstleistungen

Im Rahmen der Optimierung der Notfalldienste in Estland wurden 120 Ambulanzfahrzeuge mit Funkanlagen und mobiler Software ausgestattet. Ein weiteres Projekt verbessert den Umgang mit drogenabhängigen Straftätern. Die in diesem Projekt mitwirkenden Experten sind ausgewählt.

In Rumänien werden in Zusammenarbeit mit der Rega dank intensiver Ausbildung die Qualität und die Sicherheit der rumänischen Luftrettung verbessert.

Verbesserung der Gesundheit und der Integration von schwer behinderten Kindern und Jugendlichen in der Slowakei

Das Projekt unterstützt unter anderem das abgebildete Rehabilitationszentrum und andere Dienstleistungen für schwer behinderte Kinder und Jugendliche in der rund 20'000 Einwohner zählenden slowakischen Region «Stará Lubovna». 2012 wurden im Rahmen des Projekts mehrere Aktivitäten durchgeführt. Unter anderem wurden 107 behinderte junge Menschen sowie 68 Familien mit einem Mitglied mit Behinderungen betreut. Es wurden Produkte und Dienstleistungen ausprobiert, welche zu einer grösseren Unabhängigkeit der behinderten Kinder und Jugendlichen beitragen sollen. Zusätzlich hat die projektbeauftragte Organisation alle Primarschulen der Region besucht und beraten sowie Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen durchgeführt. Rund 80 Klienten monatlich erhielten Behindertentransporte zu einem günstigen Tarif. Die schweizerische Partnerin, die Stiftung «Wagerenhof» in Uster, lieferte Informationen und Unterstützung bei der Umsetzung des Projekts auf der Grundlage der eigenen Erfahrungen.



Umwelt schützen

Der Erweiterungsbeitrag unterstützt zahlreiche Umweltschutzprojekte. In diesem Bereich werden auch Infrastrukturprojekte gefördert, welche die Gesundheitsrisiken für die Menschen reduzieren, die Lebensbedingungen verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Rund 371 Millionen Franken fliessen in die Umweltprojekte in den EU-10, für Bulgarien und Rumänien sind weitere 92,8 Millionen Franken vorgesehen. Bis Ende 2012 wurden folgende Resultate erzielt:



Öffentlicher Verkehr

Ende 2012 hat die Tschechische Republik eine erste grosse Ausschreibung für den Bau einer neuen Strassenbahnlinie lanciert. Diese wird ein stark besiedeltes Stadtgebiet von Olomouc erschliessen. Bei acht weiteren Verkehrsprojekten in der Tschechischen Republik und Polen erfolgen die Ausschreibungen voraussichtlich 2013.

Die Schweiz hat 2012 ausserdem das erste Infrastrukturprojekt in Rumänien genehmigt. Rumänien möchte den öffentlichen Verkehr in Bukarest ausbauen und die Metrolinie M4 um 14 Kilometer in die südlichen Vorstadtgebiete verlängern. Der Schweizer Beitrag finanziert eine Studie, welche die Entscheidungsgrundlage für dieses Milliardeninvestitionsprojekt liefert. Die Studie analysiert nicht nur die Machbarkeit des Ausbaus, sondern auch die Anbindung an andere Metro- und Buslinien.



Trinkwasserversorgung

Die Schweiz unterstützt in Ungarn vier Projekte mit dem Ziel, die Wasserversorgung in den Gemeinden zu verbessern. 100 Kilometer Wasserleitungen werden saniert und 40 Kilometer neu verlegt. Die Auftragsvergabe ist im Gange.



Abwasserreinigung

Die Slowakei hat die Ausschreibungen für den Bau und die Modernisierung von 55 Kilometer Kanalnetz sowie für den Aus- und Neubau von sechs Kläranlagen in abgelegenen Gebieten vorbereitet. In Lettland lief 2012 das Auftragsvergabeverfahren für die Sanierung des verunreinigten Gebiets im Industriehafen Rigas.



Energieeffizienz und erneuerbare Energie

Slowenien hat entlang der Autobahn eine 600 Meter lange Lärmschutzwand mit Solarzellen ausgestattet. Ausserdem heizen nun 38 öffentliche Gebäude – vorwiegend Schulen und Kindergärten – mit erneuerbarer Energie (siehe Projektbeispiel).

300 Haushalte und das Dach eines Spitals im Südosten Polens sind mit Solaranlagen für die Aufbereitung von Warmwasser ausgestattet.

Estland, Litauen und Ungarn bereiteten die Ausschreibungen vor, um in öffentlichen Gebäuden die Energieeffizienz zu erhöhen.

In Rumänien sollen vier mittelgrosse Städte so gefördert werden, dass sie das Pendant zum Schweizer Label «Energistadt» erhalten. 2012 erfolgte die Auswahl der Städte, Experten begannen die «Aktionspläne für nachhaltige Energie» auszuarbeiten.



Umweltmonitoring

Dank der Modernisierung der Laboratorien und Überwachungsstationen von 16 Inspektoraten, Agenturen und Forschungsanstalten in Estland und Ungarn lassen sich Abfalldeponien, Wasser, Luft, Radioaktivität und Naturgefahren künftig besser überwachen. 2012 haben in Estland die ersten Ausschreibungen für die Lieferung moderner Geräte stattgefunden.

In Rumänien ist der Aufbau eines zentralen Informationssystems geplant, das eine nachhaltigere Waldbewirtschaftung ermöglicht. Die gesammelten Daten sind die Grundlage, um sowohl die Waldbesitzer als auch die Schutz- und Jagdgebiete klar zu identifizieren und illegalen Holzeinschlag zu unterbinden.

Förderung erneuerbarer Energien in Slowenien

Slowenien will aufgrund von EU-Vorgaben bis im Jahr 2020 den Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten verbrauchten Energie auf 25 Prozent steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, verwendet Slowenien auch Mittel aus dem Schweizer Erweiterungsbeitrag. Die Bilder illustrieren die bisherigen Ergebnisse:

- › Entlang der slowenischen Autobahn Richtung Italien wurde eine 600 Meter lange Lärmschutzwand mit Solarzellen ausgestattet. Es ist die längste Solarlärmschutzwand in ganz Slowenien. (Bild 1)
- › 30 Schulen und Kindergärten in der Küstenregion Primorska nutzen Biomasse statt Öl als Energiequelle. Bild 2 zeigt die alte Ölheizungsanlage in Cerkno, die durch eine Biomasseheizung ersetzt wurde.
- › In der alpinen Region Gorenjska im Nordwesten des Landes sind fünf Schulen und ein öffentliches Schwimmbad besser isoliert und heizen mit Solarenergie, Biomasse und Wärmepumpen. Bild 3 zeigt die neuen, energieeffizient gebauten Fenster der Primarschule in Gorje, Bild 4 den Bau der Wärmepumpen bei der Primarschule in Bled.





Abfallentsorgung

Polen bereitete 2012 die Auftragsvergabe für den Bau einer neuen Entsorgungsanlage und die Sanierung von vier Abfalldeponien vor. Die Ausschreibungen für Asbestsanierungen sind ebenfalls in Vorbereitung. An zwei Informationsveranstaltungen erfuhr die Bevölkerung, wie sich Asbest sicher entsorgen und neutralisieren lässt.

In Bulgarien sind zwei Projekte geplant, um die Abfallentsorgung zu verbessern. Einerseits sollen bis zu 6400 Tonnen veraltete Schädlingsbekämpfungsmittel umweltgerecht entsorgt werden. Andererseits will Bulgarien mit Mitteln aus dem Erweiterungsbeitrag Pilotmodelle für die Entsorgung gefährlicher Haushaltsabfälle entwickeln.



Biodiversität

Der Erwerb von technischen Geräten verbesserte in Polen die Messung von Grundlagendaten im Bereich der Biodiversität. Damit konnten rund 850 Feldbesuche durchgeführt und entsprechende Daten zu den Vogelbeständen und zur botanischen Artenvielfalt gesammelt werden. Rund ein Dutzend Informations- und Trainingsanlässe zur Förderung von ökologisch nachhaltigem Verhalten fanden statt.

Die Slowakei hat einen modernen Apparat beschafft, mit dem qualitative und kostengünstige digitale Gelände- und Oberflächenmodelle erstellt werden können. Mit diesen werden die bestehenden Landkarten der slowakischen Wälder überarbeitet und wird somit die nachhaltige Verwaltung und Bewirtschaftung der besagten Forstbestände ermöglicht.

In Ungarn startete die Umsetzung von sechs Projekten, die unter anderem den verbesserten Schutz von Natura-2000-Gebieten vorsehen. Natura 2000 ist ein länderübergreifendes Netz von Gebieten innerhalb der EU zum Schutz gefährdeter heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume. Zudem wird in Ungarn Schulkindern der Besuch von Waldschulen ermöglicht.



Öffentliche Sicherheit erhöhen

Moderne Gerichtswesen, der verbesserte Schutz der Schengen-Aussengrenze, Korruptionsbekämpfung und der Schutz vor Notsituationen: Durch den Erweiterungsbeitrag werden in den EU-10 auch Projekte umgesetzt, welche die öffentliche Sicherheit in den Ländern verbessern. Die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität kommt auch dem Schutz der Schweiz zugute. Die Schweizer Unterstützung in diesem Bereich beläuft sich auf 88,1 Millionen Franken. Des Weiteren sind für Bulgarien und Rumänien 28 Millionen Franken für die öffentliche Sicherheit vorgesehen. Bis Ende 2012 wurden folgende Resultate erzielt:



Modernisierung des Gerichtswesens

Im Rahmen eines Projekts zur Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten in Gerichten und Strafverfolgungsbehörden hat die Tschechische Republik bei Angestellten von 23 Gerichten eine Analyse im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie durchgeführt. Das Projekt führt zu einem verbesserten und effizienteren nationalen Justizsystem.

Lettland hat in Gerichten landesweit insgesamt 81 moderne Videokonferenz-Systeme und rund 300 neue Audioanlagen installiert. Diese neuen Kommunikationstechnologien verbessern, zusammen mit neu gestalteten Gerichtsabläufen, das lettische Gerichtswesen.

Ungarn bereitete die Ausschreibung für die landesweite Ausstattung von Gerichtsgebäuden mit insgesamt 104 neuen Metalldetektoren sowie 45 Röntgenschannern vor.

In Rumänien sorgt ein im 2012 bewilligtes Projekt für verbesserte und wirksamere Asylverfahren: Die Mitarbeitenden des rumänischen Immigrationsbüros werden gemäss europäischen Standards ausgebildet und zwei regionale Empfangszentren renoviert beziehungsweise mit moderner Infrastruktur ausgerüstet. In Bulgarien sorgen zwei Projekte für mehr rechtliche und institutionelle Kapazitäten des Justizsystems im Umgang mit Umweltregulationen und -kriminalfällen sowie für besseren Schutz von Kinderrechten.



Grenzsicherheit

In Polen werden an sechs Grenzübergängen die Infrastruktur und die Ausrüstung optimiert und auf EU-Standard aufgerüstet, um die Abwicklung des Grenzverkehrs zu verbessern und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen (siehe Projektbeispiel). 70 neue, speziell für den mobilen

Einsatz eingerichtete Fahrzeuge sind in Betrieb. 50 polnische Grenzwachter wurden in der Schweiz in der Handhabung moderner Geräte für die Personen- und Fahrzeugkontrolle ausgebildet.



Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität

In Polen werden neben den Grenzbehörden auch die Polizeibehörden unterstützt. 500 Mitarbeiter der polnischen Polizei haben 2012 von Weiterbildungsmaßnahmen profitiert.

In Ungarn erfolgt in Zusammenarbeit mit Schweizer Experten die Einführung der bevölkerungsnahen Polizei (Community Policing) in kleineren Städten. Im November 2012 besuchte eine ungarische Delegation die Polizeikörper in St. Gallen, Zürich und Bern, um von den Schweizer Erfahrungen mit Community Policing zu lernen.

Auch in Rumänien wurde ein Projekt im Bereich der Gemeindepolizei bewilligt. Weitere in diesem Unterziel bewilligte Projekte in Rumänien umfassen zwei Projekte zur Prävention von Korruption, ein Projekt zur wirksameren Tätigkeit bei der Beschlagnahme gestohlener Vermögenswerte, Massnahmen zur Prävention, Identifikation und Bekämpfung des Menschenhandels, ein Projekt zur verbesserten internationalen Kooperation beim Austausch polizeilicher Daten sowie die Unterstützung der rumänischen Gendarmerie durch Schweizer Fachwissen in Tourismusgebieten und bei der Organisation von Grossanlässen.

Zwei in Bulgarien bewilligte Projekte werden für eine bessere internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und für eine verbesserte Ausbildung forensischer Experten sorgen.



Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen

Ungarn hat Massnahmen getroffen, um den Wasserstand der Theiss besser zu überwachen und bei Hochwasser effiziente Vorkehrungen treffen zu können. So kann man künftig Überschwemmungen wie 2010 vorbeugen. Dazu wurden zwei Überwachungsstationen gebaut und eingerichtet, welche alle fünf Minuten die Höhe des Wasserspiegels aufzeichnen. Weiter werden Dämme saniert, beschädigte Bachläufe repariert, Regenwasser-Abflusssysteme ausgebaut und mobile Hochwasserschutz-Dämme erworben. Dank all diesen Massnahmen werden im Nordosten Ungarns 350'000 Bewohner besser vor Überschwemmungen geschützt. In die Umsetzung der Projekte werden auch Erkenntnisse von Studienbesuchen einfließen: In der zweiten Hälfte 2012 besuchten die Projektträger die Schweiz, um den Hochwasserschutz auf Stufe Gemeinde, Kantone und Bund kennenzulernen.

In Estland werden 200 Fachleute zur Verbesserung der Feuersicherheit in öffentlichen Krankenhäusern und Spitälern ausgebildet. Dazu fand 2012 eine Analyse der Sicherheitsbedürfnisse in den öffentlichen sozialen Einrichtungen statt, damit die Ausbildung dort ansetzt, wo sie nötig ist.

Verbesserter Grenzschutz in Polen

Polen hat eine über 1000 Kilometer lange Grenze zu den Nicht-EU-Ländern Russland, Weissrussland und Ukraine. Mit dem EU-Beitritt in 2004 und insbesondere mit der Umsetzung des Schengen-Abkommens ab 2007 sind die Herausforderungen an die polnischen Grenzkontrollen massiv gestiegen. Einerseits hat der Güter- und Personenverkehr stark zugenommen, andererseits gilt es, als «Schengen-Aussengrenze» hohe Standards bei der Grenzkontrolle zu erfüllen. Die Bilder zeigen die veraltete Infrastruktur des Grenzpostens in Połowce. Die Schweiz unterstützt mit diesem Projekt die Modernisierung und den Ausbau dieses Grenzpostens und finanziert daneben auch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die polnischen Grenzwachter. Im Rahmen dieses Projekts findet zudem ein fachlicher Austausch zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung und ihren polnischen Kollegen statt.



Zivilgesellschaft stärken

In den meisten Ländern, die vom Erweiterungsbeitrag profitieren, befindet sich die Zivilgesellschaft nach dem Zerfall der Sowjetunion nach wie vor in einem Lernprozess. Mit Hilfe von viel Fachwissen von Behörden, Städten, Gemeinden, Stiftungen, Vereinen und Verbänden fördert die Schweiz mit 69,2 Millionen Franken den Auf- und Ausbau der Zivilgesellschaft in den EU-10-Partnerländern. Hinzu kommt ein Betrag von rund 33,5 Millionen Franken für die Zivilgesellschaft in Bulgarien und Rumänien. Folgende Resultate konnten 2012 erzielt werden:



Nichtregierungsorganisationen

Von den Kleinprojekten, welche die Schweiz im Rahmen der NGO-Fonds mitfinanziert, konnten bis Ende 2012 bereits etliche Projekte abgeschlossen werden. So wurden in den Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen im Verlauf von 2012 insgesamt 69 NGO-Projekte beendet.

In einigen Ländern fand 2012 weiterhin die Auswahl von NGO-Kleinprojekten statt, welche die Schweiz mitfinanziert. Mit 130 Projekten und einem Gesamtbetrag von über 11 Millionen Franken wurden in Polen am meisten Projekte bewilligt, gefolgt von Litauen mit 87, Estland mit 53, der Tschechischen Republik mit 15 und der Slowakei mit 10 Projekten. In Rumänien sind im Rahmen einer ersten Runde zur Einreichung von Projekten über 800 Ideen eingegangen.

Insgesamt dürfte sich die Anzahl dieser Kleinprojekte in sämtlichen NGO-Fonds auf rund 700 belaufen. Die Projekte verfügen über ein Volumen von bis zu einer Viertelmillion Franken und stärken die lokale Zivilgesellschaft. In etwa jedem fünften Projekt ist Schweizer Fachwissen involviert.



Bilaterale Partnerschaften

Auch von den insgesamt rund 150 geplanten Partnerschaftsprojekten, die ebenfalls ein Volumen von bis zu 250'000 Franken aufweisen, wurde bis Ende 2012 eine Vielzahl beendet. Durch die Übermittlung von Expertenwissen, meist anhand gegenseitiger Besuche, fand in unterschiedlichen Bereichen ein breiter Erfahrungsaustausch statt, von welchem auch Schweizer Institutionen profitieren. Als Resultat von Kleinprojekten des Partnerschaftsfonds entstand beispielsweise ein kultureller Austausch mit der ungarischen Stadt Eger. Slowenische Schulen legten organische Gärten zur gesunden Ernährung an, oder der tschechische Seilbahnverband verbesserte seine Ausbildungsmöglichkeiten und seinen Kundenservice (siehe Projektbeispiel). Im 2012 wurden in Polen, Ungarn, in der Tschechischen Republik und Slowenien rund 50 weitere Projekte ausgewählt. Deren Gesamtbetrag beläuft sich auf 5 Millionen Franken.

Partnerschaftsprojekt zwischen dem schweizerischen und dem tschechischen Seilbahnverband

Durch das Partnerschaftsprojekt, das mit 40'000 Franken unterstützt wurde, profitierte der tschechische Seilbahnverband von den Ausbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter von Seilbahnunternehmen in der Schweiz. Im Bild demonstriert ein Auszubildender die Bergung einer Person aus einer Seilbahn. Das gewonnene Fachwissen floss in eine Broschüre ein, welche an die 146 Mitglieder des tschechischen Seilbahnverbands versandt wurde. Das Projekt trägt dadurch zur Tourismusförderung und -entwicklung in tschechischen Wintersportorten bei.



Ausblick

Am 14. Juni 2012 wurde mit dem Abschluss der Verpflichtungsperiode in den EU-10 die erste grosse Etappe des Schweizer Erweiterungsbeitrags erfolgreich beendet. 2013 wird in den EU-10 der Fokus auf der erfolgreichen Umsetzung der bewilligten Projekte liegen. Dabei werden vermehrt konkrete Projektergebnisse zu verzeichnen sein. 2013 ist damit zu rechnen, dass insgesamt rund 20 Projekte im Gesamtbetrag von 50 Millionen Franken abgeschlossen werden.

Daneben werden auch im Jahr 2013 weitere Projekte für Bulgarien und Rumänien definitiv bewilligt. Die Verpflichtungsperiode in den beiden Ländern verläuft planmässig. Projekte in diesen beiden Ländern kann die Schweiz noch bis zum 7. Dezember 2014 bewilligen.

Weitere Informationen auf www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

In der Kategorie «[Projekte unter der Lupe](#)» schalten die DEZA und das SECO regelmässig Beispiele von Projekten auf, welche bereits erste Resultate vorweisen. In der [Projektdatenbank](#), in welcher sämtliche bewilligten und umgesetzten Projekte zu finden sind, sind ausserdem die erzielten Ergebnisse von abgeschlossenen Projekten aufgeführt.

Viele Projekte generieren Aufträge für die Wirtschaft. Auch Schweizer Unternehmen können sich an den öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Da bei der Auswahl der Zusammenarbeitsbereiche für den Erweiterungsbeitrag das Güterangebot und das Fachwissen der Schweizer Wirtschaft mitberücksichtigt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass sich auch Schweizer Unternehmen durchsetzen. Die [laufenden Ausschreibungen](#) werden in der Kategorie «Auswahlverfahren» publiziert.



Am 31. Mai 2013 findet in Bern die Jahreskonferenz der Ostzusammenarbeit zum Thema Erweiterungsbeitrag statt. Weiterführende Informationen zu diesem Anlass sind auf der Webseite publiziert.

Suchen Sie anschauliche Bilder zu einem der Projekte? Seit 2012 verfügen die DEZA und das SECO über eine öffentlich zugängliche [Bildbibliothek zum Erweiterungsbeitrag](#). Dort finden Sie nach Länder und Projektzielen geordnete Fotos zu unterschiedlichen Projekten. Ein kurzer Bildbeschreibung gibt Auskunft über deren Inhalt.



Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Visuelle Kommunikation, EDA

Fotos:

SECO / DEZA / Stefan Salzmann (Seite 13)

Download:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik «Publikationen»)

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130, 3003 Bern

Telefon: +41 31 322 68 46

swiss-contribution@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36, 3003 Bern

Telefon: +41 31 322 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, Mai 2013